

"Land der Unternehmer"

Luka Szucsich /luka sučić/

Die "Privatisierung" und "Versachlichung" des Bildungsdiskurses in Österreich in der Mitte der 90er Jahre

(März, 1997)

1. Einleitung

Im Zentrum dieses Beitrags sollen einige Aspekte des Diskurses um Bildung bzw. höhere (universitäre) Bildung und um die mit dieser verbundenen Institutionen stehen (in weiterer Folge etwas verkürzt: *Bildungsdiskurs*). Dabei handelt es sich nur um Teilbereiche eines bis ins Jahr 1996 vergleichsweise "dünnen" Diskursstranges (im Sinne von Jäger, 1993), der mit dem Sparpaket II und den darauffolgenden Protesten, die in der Breite fast ausschließlich auf universitären Boden beschränkt blieben, innerhalb kürzester Zeit "angeschwollen" ist.

Im konkreten interessieren mich dabei die dichotomischen Konstruktionen: "Privatheit" versus "Staatlichkeit", "Realität (Wirklichkeitsnähe/Praxis)" versus "Irrealität (Wirklichkeits- und Praxisferne/Elfenbeinturm)" und "Rationalität (Sachlichkeit/Verdinglichung)" versus "Irrationalität (Dogmatik/Ideologie)". Diese Dichotomien überschneiden sich dabei großteils (sicher nicht vollständig) und bilden für den Bildungsdiskurs auch Anschlußmöglichkeiten an andere diskursive Felder, konstruieren mit diesem einen hegemonialen sog. "gesellschaftlichen Gesamtdiskurs" (wiederum im Sinne von Jäger, 1993 als Summe von *Interdiskurs* und *Spezialdiskursen*; s.u.). Zunächst einige terminologische "Abklärungen":

Diskurs möchte ich in Anlehnung an Fleischer als systemisches Zeichen- und Zeichenverknüpfungsrepertoire einer bestimmten gesellschaftlichen Formation mit seinen Generierungs- und Benutzungsregeln und -normen definieren (Fleischer, 1991). Bereits vorneweg soll erwähnt werden, daß *systemisch* nicht abgeschlossen oder gar unveränderlich heißt (ganz im Gegenteil). Diskurse sind dabei immer auch soziale Handlungen, die an Macht und auch Herrschaft gekoppelt sind; da sie in konkreten Macht- und Herrschaftsverhältnissen (bestehenden aber auch kommenden) ihren Ausgang gefunden haben, legitimieren sie diese *größtenteils* auch implizit oder explizit (Hall, 1989; van Dijk, 1989a, 1989b; Jäger, 1993).

Nachdem Diskurse immer mit Normen und Evaluierungen verbunden sind, transportieren und organisieren sie Bedeutungen und das Wissen über die soziale Welt. Solchermaßen auch immer ideologische Wissensreservoirs konstituieren sie Subjektivität, wobei zu ihrer Konstruktion wiederum Intersubjektivität Voraussetzung ist (Vološinov, 1991; Jäger, 1993; Januschek, 1995). Ideologie ist dabei das den Diskursen inhärente interpretative Orientierungsschema, das der sozialen Kognition Kohärenz und Kausalität verleiht. Daraus ergibt sich, daß "Subjekte" gegenüber den Diskursen nicht autonom sind, Diskurse auf der anderen Seite allerdings auch nicht in den Bereich eines "Unter"- oder "Unbewußten" fallen.

Bei der Untersuchung von Diskursen sind daher auf der einen Seite die soziokulturellen, politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen bei der (Re)Produktion von Diskursen in ihrer aktuellen und historischen Perspektive von Interesse. Auf der anderen Seite ist aber auch die Frage nach dem Sagbaren und Meinbaren (Januschek, 1995), sprich nach den Normgrenzen, Normverletzungen, Normverschiebungen und Gegennormen in und zwischen Diskurssträngen zentral.

Massenmedien spielen bei der Produktion und Verbreitung von Diskursen eine herausragende Rolle. Auch wenn die Kommunikationsrichtung in ihnen großteils einseitig ist und die Kommunikation in der Regel indirekt ist - d.h. in räumlicher und oft auch zeitlicher Distanz vonstatten geht -, erscheinen die Massenmedien dennoch als Ort der Öffentlichkeit und der Konstruktion von "Zeitgenossenschaft". Die Einseitigkeit der Kommunikationsrichtung ist

jedoch nicht mit manipulativer Beeinflussung durch Massenmedien gleichzusetzen (genausowenig wie es möglich wäre, im Zusammenhang mit diskursiver Wirklichkeitskonstruktion von "verfälschter Wirklichkeit" oder "falschem Bewußtsein" zu sprechen). Sie fungieren aber *bedingt* als Schnittstellen zwischen Spezialdiskursen und Interdiskurs einerseits und sozial, politisch und ökonomisch stratifizierten Diskursen andererseits.

Bedingt deshalb, weil gewisse gesellschaftliche Gruppen prominenteren Zugang zu Massenmedien haben als andere. Es gibt zwar kein absolutes aber sehr wohl ein tendenzielles "Monopol über die geistigen Produktionsmittel" der mächtigen gesellschaftlichen Gruppen bzw. "Klassen" (Hall, 1989). Soziales Prestige, politische Macht und ökonomischer Einfluß gestalten den Interdiskurs im allgemeinen und den Diskurs der Medien im speziellen maßgeblich mit. In diesen Diskursen reproduziert sich daher gesellschaftliche Macht und Dominanz/Herrschaft.

2. Der Bildungsdiskurs und sein gesellschaftliches Umfeld

2.1. Die Stellung des Bildungsdiskurses

Der Bildungsdiskurs bildete - wie bereits oben erwähnt - vor dem Februar/März 1996 einen relativ betrachtet marginalen Diskursstrang.¹ Teilweise war er auch fragmentarisch in andere Diskursstränge integriert. Darüberhinaus "wanderte" er beständig zwischen *Interdiskurs* und einem politisch-wissenschaftlichen *Spezialdiskurs* hin und her.² Folgerichtig waren in den Massenmedien Texte zu bildungspolitischen Fragen - wenn überhaupt - fast ausschließlich auf Kommentar- und Wissenschaftsseiten - so diese vorhanden - und in Wochenendbeilagen zu finden. Darüberhinaus - als Ausdruck seines teils spezialdiskursiven Charakters - fand der Bildungsdiskurs in studentischen und Wissenschaftszeitschriften Raum.

Ist bereits prinzipiell zu sagen, daß kein Diskursstrang autonom ist, daß es also zwischen einzelnen Strängen zahlreiche Verbindungen, Anschlüsse und daher auch Beeinflussungen, Analogie-Konstruktionen etc. gibt, so gilt dies für den Bildungsdiskurs ganz besonders. Das selbe gilt für die Tatsache, daß die diskursive Konstruktion der gesellschaftlichen Wirklichkeit niemals homogen, geschlossen und "logisch" (im Sinne einer strengen kausalen Verbindung aller Elemente besagter Konstruktion) ist. Diskurse und Diskursstränge sind oft genug widersprüchlich und operieren mit verschiedenen Elementen teils gegenläufiger diskursiver Muster. "Die "Logiken" unterschiedlicher Ideologiegebäude bleiben mehrstimmig. Sie sind nicht unbegrenzt offen, aber grundsätzlich plural." (Hall, 1989, S.188) Dies gilt wiederum besonders für den Bildungsdiskurs.

Tom Schmid vertritt die These, daß die "Ziele staatlicher Hochschulpolitik abgeleitet und keine primären Ziele staatlicher Politik (sind)." (Schmid, 1989, S.16) Die Hochschulpolitik sei von übergeordneten staatlichen Zielen wie einem Wachstumsziel (in den 60er und Anfang

¹ Als *Diskursstrang* bezeichne ich (nach Jäger, 1993) eine bestimmte Menge an Texten/Textteilen (*Diskursfragmenten*) mit *einer* thematisch-inhaltlichen Ausrichtung. Ein Text (mündlich-schriftlich, verbal-nonverbal) kann aus mehreren Diskursfragmenten bestehen.

² Die Dichotomie *Spezialdiskurs* versus *Interdiskurs* bezeichnet eine Unterscheidung bezüglich des Grades der *Allgemeinheit*, wobei damit weniger die "Zugänglichkeit" (bspw. rein technisch betrachtet) als vielmehr eine prinzipielle "Verfügbarkeit" der Codes gemeint ist (Jäger, 1993; Januschek, 1995). Der Interdiskurs ist jener Bereich, der einer gesellschaftlichen Formation allgemein verfügbar ist (was nicht zu verwechseln ist mit einer allgemeinen *Mächtigkeit* bei der Gestaltung des Interdiskurses). Spezialdiskurse sind abgeschlossene, nur teilgesellschaftlich verfügbare diskursive Systeme, die aber keineswegs autonom vom Interdiskurs funktionieren. Das klassische Beispiel für Spezialdiskurse in den kapitalistischen, repräsentativ-demokratischen Industrieländern sind die wissenschaftlichen Diskurse.

der 70er Jahre) abgeleitet. Seit den 80er Jahren sei das übergeordnete Ziel eine "ausgabenorientierte Sparpolitik" (Schmid, 1989, S.16). Dieser These entsprechend muß auch der Bildungsdiskurs stark bildungsökonomisch perspektiviert sein.

Interessant ist jedoch nicht nur, daß der Bildungsdiskurs mit wirtschafts-, finanz- und arbeitsmarktpolitischen Elementen durchsetzt ist, sondern wie diese Elemente für den Bildungsbereich "umgedeutet" und wie das Feld Hochschule, Forschung, AbsolventInnen etc. insgesamt imaginiert wird. Dies gilt umso mehr, da der Bildungsdiskurs seit Jahrzehnten ökonomistisch geprägt ist, dies also nicht erst seit den 80er oder gar erst seit Mitte der 90er Jahre ist. Gerade zur Zeit der expansiven Phase des tertiären Bildungssektors (im Kern Mitte 60er bis Mitte 70er Jahre, Ausläufer bis Ende 70er) und der dazu vorbereitenden Phase (erste Hälfte der 60er Jahre; vgl. Schmid, 1989) ist ein massiver "Einbruch" einer ökonomischen Perspektive in den Bildungsdiskurs zu beobachten.³ Gänzlich frei davon war er wohl nie.

Primär stellt sich also die Frage, welche Transformationen und Neustrukturierungen es innerhalb eines ökonomistischen Bildungsdiskurses gegeben hat. Diese Transformationen und Neustrukturierungen korrespondieren dabei mit gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen. Damit ist auch die Einbettung des Bildungsdiskurses (speziell des Diskurses um den tertiären, universitären Bildungssektor) in den gesellschaftlichen Gesamtdiskurs (Jäger, 1993) angesprochen.

2.2. Kurzüberblick über "gesamtgesellschaftliche" Entwicklung

Die Ereignisse um das Sparpaket II und deren Versprachlichung (bspw. in Texten der Massenmedien) reiht sich in eine Entwicklung ein, die in Österreich etwa seit dem Ende der 70er/Anfang der 80er Jahre zu beobachten ist (parallel zu ähnlichen Entwicklungen in anderen europäischen Ländern, etwa Deutschland und Großbritannien (Hirsch/Roth, 1986; Hall, 1989) - bei allen Unterschieden aufgrund historischer und struktureller Bedingungen). Diese Entwicklung ist nur beschränkt in den aktuellen Texten selbst ablesbar (wenn auch einiges zu rekonstruieren ist, nicht jedoch die historische Entwicklung, außer diese wird thematisiert - aber selbst dann ist sie aus einer Position der 90er Jahre perspektiviert).

Geprägt ist diese Entwicklung von einer Abkehr von korporatistischen Modellen gesellschaftlicher Wirklichkeitskonstruktion, auch wenn die "klassisch-österreichische" Form der korporativen Organisationsform "staatlicher Apparate", die Sozialpartnerschaft, erhalten bleibt. Der Korporatismus erlebte seine "Blütezeit" in den 60er und - mit Einschränkungen - 70er Jahren, also in jener Zeit, in die auch die staatlichen Maßnahmen zur Bildungsexpansion fallen (das AHStG als Studienverlaufsreform wurde 1966 beschlossen, das UOG als Organisationsreform 1975).

Der Korporatismus geht in seinen Wurzeln allerdings weiter zurück, bis in die restaurative Nachkriegszeit. Dies ist schon alleine wegen der geopolitischen Lage Österreichs (Besatzung durch mittlerweile "kalte Feinde" und damit verbunden die Notwendigkeit von Koalitionsregierungen relativ unabhängig vom Wahlergebnis) und durch die spezifische Situation der Wirtschaft zu erklären. Zum einen ging es bei wirtschaftspolitischen Lenkungsmaßnahmen der österreichischen Regierungen um die Sicherung ehemalig "deutschen Eigentums", was in erster Linie durch die Verstaatlichtengesetze größtenteils erreicht wurde. Das Erste Verstaatlich-

³ So war es gerade die Vereinigung Österreichischer Industrieller, die in der Zeitschrift "Die Industrie", Nummer 28, 1964 die Forderung nach "Mehrinvestition in Forschung und Bildung" stellten. Und dies mit folgenden Argumenten: 1) Die Wirtschaft stoße an die "Kapazitätsgrenzen des 'geistigen Kapitals'"; 2) Es sei angesichts der prekären Arbeitsmarktlage (*Arbeitskräftemangel*) eine "Verbesserung der Qualität der Arbeit" notwendig; 3) Die Chancen der Wirtschaft im "internationalen Wettbewerb" müßten verbessert werden; schließlich 4) "mit zunehmendem materiellen Wohlstand nehme der Bedarf der Bevölkerung an den kulturellen Gütern stärker zu als an übrigen Gütern" [sic!] (zit. nach Schmid, 1989, S.19).

tengesetz erfaßte etwa ein Fünftel der österreichischen Industrie (Sandgruber, 1995). Dadurch gab es von vornherein einen "starken Staat" in der Wirtschaft, neben dem "starken Kapital" das zweite Grundelement des Korporatismus (Hall, 1989). Zum anderen spielte die Regierung beim Marshallplan eine zentrale Rolle als verteilende Instanz der (überwiegend geschenkten) Hilfsgüter an Unternehmen.⁴

Diese Situation begünstigte die diskursive Konstruktion eines paternalistischen Staates, der an alle ÖsterreicherInnen denkt (gerade zu Zeiten des Marshallplans). Verbunden war dies mit der vom Staat beförderten Schaffung spezifisch österreichischer Identifikationspotentiale aus Notwendigkeit einer Abgrenzung zur eigenen Vergangenheit als Bestandteil Nazideutschlands (Mythos einer gemeinsamen KZ-Erfahrung der SP- und VP-Politiker, Konstruktion des Opfer-Mythos, Konstruktion des "Aufbaus eines gemeinsamen Österreich aus den Trümmern des Krieges" etc.).

Trotz vieler Widersprüchlichkeiten etablierte sich relativ rasch das paternalistische, im groben reformistisch-gemeinwirtschaftlich orientierte Bild von Gesellschaft, nicht zuletzt dadurch, daß in den 40er Jahren der "linke" Flügel der ÖVP, der "Sozialisierung oder Kommunalisierung lebenswichtiger Betriebe" (zit. nach Sandgruber, 1995) befürwortete, eine starke innerparteiliche Position hatte. Zudem war die ÖVP nie eine gänzlich wirtschaftsliberal ausgerichtete Partei, sondern hatte eine maßgebliche Stütze in der konservativ-katholischen, stark patriarchalen ländlichen Bevölkerung. Selbst die 50er Jahre (Raab-Kamitz-Kurs), in denen klassisch marktwirtschaftliche Positionen re-etabliert wurden - restriktive Budgetpolitik, Privatinitiative, individueller Fleiß/Leistung (zum Zweck der Anschaffung zeitbeständiger Konsumgüter wie Kühlschrank, Auto, ...) etc. - schwächten das korporatistische Modell nur ansatzweise.⁵

In den 60er wurde es schließlich ausgebaut: bereits 1957 wurde die Paritätische Kommission gegründet; 1961 wird das Raab-Olah-Abkommen der Sozialpartner zu Geldwertstabilität und Wirtschaftswachstum abgeschlossen (Sandgruber, 1995). Seine "logische Erfüllung" fand der sich allerdings bereits im Absteigen befindliche Korporatismus schließlich mit den SPÖ-Alleinregierungen der 70er Jahre, obwohl gerade die ÖVP-Alleinregierung unter Klaus knapp vor der Machtübergabe die auch späterhin relevanten Wachstums- und Strukturverbesserungsgesetze beschloß. Es war gerade die sozialdemokratisch-reformistische SPÖ, die Kernbereiche des Korporatismus thematisierte: Vollbeschäftigung (oberste Zielsetzung des 1968 beschlossenen SPÖ-Wirtschaftsprogramms), Umverteilung, Stärkung der institutionalisierten Vertretung von ArbeitnehmerInneninteressen, "sozialer Frieden", Wachstum, technische Machbarkeit etc.

Doch bereits Ende der 70er Jahre zeichneten sich erste Erschütterungen des hegemonialen Ideologiesystems ab, wo sich bspw. eine Opposition zu den paternalistischen Elementen des Systems bildete.⁶ Bezeichnend für eine zunehmende Erosion des breiten, fortschrittsoptimis-

⁴ Eine Rolle, die nicht zu unterschätzen ist, da etwa 1949 die Mittel des Marshallplans je nach Berechnungsart 7 bis 18 Prozent des österreichischen Bruttoinlandsprodukts ausmachten. Insgesamt betrug das Volumen der Hilfsmittel aus dem Ausland 1585 Millionen Dollar (Sandgruber, 1995).

⁵ In diese Zeit fällt interessanterweise die "Schaffung und Förderung eines Investitions- und Sparklimas" (Sandgruber, 1995, S.469), wo bspw. die Einführung des Weltspartages und die Schaffung eines Sparbegünstigungsgesetzes vonstattengeht. Österreich etabliert sich als *das* Sparland.

⁶ Ich gehe hier nicht auf die anti-hegemoniale Jugendbewegung Ende der 60er ein (die in Österreich zu einem guten Teil auf die studentische und künstlerische Szene beschränkt blieb). Ab dem Ende der 70er Jahre spielen ihre Ausläufer als sog. "Neue soziale Bewegungen" (Friedensbewegung, "Zweite" Frauenbewegung, Ökologische Bewegung) durchaus eine wichtige Rolle als "linke" Kritik am Korporatismus (Hirsch/Roth, 1986). Ich will hier nur an die Friedensmärsche Anfang der 80er Jahre und an den Widerstand gegen das Kraftwerk in der Hainburger Au erinnern. V.a. letzterer war gesamtgesellschaftlich bedeutsam.

tischen Konsenses im "Sozial- und Wohlfahrtsstaat" Österreich ist etwa die sog. "Zwentendorf-Volksabstimmung" 1978, wo es nicht nur um ökologische Fragestellungen ging (immerhin wurde das Kernkraftwerk durch ein kalorisches in Dürnrohr "ersetzt"). Nicht zuletzt waren es wirtschafts- und finanzpolitische Entwicklungen (Krise der Verstaatlichten Industrie, beginnende Finanzierungskrise des Gesundheits- und Pensionssystems etc.), die sozial- und wohlfahrtsstaatliche Positionen in ihrer hegemonialen Stellung schwächten.

Diese Situation bewirkte zunächst Veränderungen im wirtschaftspolitischen Feld. Der Begriff des "Budgets" verändert sich: das Budget etabliert sich zusehends als wirtschaftspolitisches Ziel an sich ("Budgetkonsolidierung"), nicht als Mittel zur Erreichung anderer Ziele (z.B. Vollbeschäftigung). Dies führt in den 80er Jahren (v.a. seit der großen Koalition) zu einer zunehmenden restriktiven Budgetpolitik. Der Staat wird als "Firma" imaginiert, was mit der Einforderung einer strengen Kostenrechnung nach privatwirtschaftlichen Kriterien verknüpft ist.

Schließlich führt diese Entwicklung allmählich zu einer negativen Konnotation staatlicher und korporatistischer Bereiche insgesamt (wobei in erster Linie die Gewerkschaften als Repräsentanten letzterer angesehen werden). Analog zum budgetpolitischen Bereich wird auch hier "die Wirtschaft" als Muster herangezogen (etwa bei Organisationsformen).

In einem Bericht der Salzburger Nachrichten vom 22.5.1996 zu Plänen des Ministers Bartenstein (ÖVP), Organisationsstrukturen im Umweltministerium zu ändern, ist etwa zu lesen:

(...) Üppig wuchert's im Umweltressort. Doch anders als die meisten anderen Minister, die diesen bürokratischen Wildwuchs wortreich zu verteidigen versuchen, versucht Umwelt- und Familienminister zu handeln. (...) Auf die Idee zu dieser Ressort-Reform kam Bartenstein offenbar, als er an seine Zeit als Privatunternehmer zurückdachte: "In der Wirtschaft unterstehen einer Führungskraft zehn bis zwölf Mitarbeiter. Das ist seit langem als optimaler Führungsschlüssel bekannt", sagt er. Im Staatsdienst hingegen kämen auf eine Führungskraft im Schnitt vier, manchmal nur zwei Untergebene. Das sei nicht optimal.

Im ersten Teil des Berichts wird der negative gegebene Zustand thematisiert. Der erste Satz mit seinem mehr Zustands- als Prozeßkonzept fällt durch seine Handlungsarmut (gekennzeichnet bspw. durch die Verwendung des expletiven, bloß die Subjektposition füllenden "es", das auf keine Entität des Diskursuniversums verweist) und negativ-metaphorischer Symbolik auf (der gefährliche Dschungel oder Krebs *wuchert*).⁷ *Es* passiert also *etwas* Negatives, Bedrohliches. Möglichen Akteuren wird ihr Subjektstatus abgesprochen. Auch der zweite Satz beginnt noch mit dem Gegebenen, und nimmt im eingebetteten Relativsatz die negative Metaphorik in einer durch ein Adjektiv explizierten Nominalisierung⁸ (ein verstärkt-

⁷ Unter *Konzept* eines Satzes (besser: einer *Proposition*) verstehe ich den Status des verbalen Geschehens und das Verhältnis der Argumente der Proposition zu diesem Geschehen. Je nachdem, ob die Proposition eine Handlung, einen Prozeß/ein Ereignis, oder einen Zustand ausdrückt, ist auch der Status der Argumente der Proposition ein anderer. Je nach Konzept erhalten die Argumente als Einheiten des Diskursuniversums verschiedene thematische Rollen (Agens, Patiens, Ziel, Thema etc.) innerhalb der Proposition (als Sonderfall gelten *Expletiva* [dt. "es", engl. "it/there"], die keinerlei thematische Rolle tragen, daher auch keine Argumente sind; es gibt als auch argumentlose Propositionen: "es schneit").

Interessant wird die Wahl des Konzepts bei der Versprachlichung sozialer Handlungen und Verhältnisse. In unserem Beispiel treten bei der Versprachlichung sozialer Verhältnisse im Umweltministerium (auf einer symbolischen Ebene in der gesamten staatlichen Verwaltung) die Beteiligten vollkommen in den Hintergrund. Kontext- aber auch textstrukturabhängig kann diese Strategie verschiedenen "Zielen" (nicht nur im Sinne intentionaler Sprachhandlungen) dienen: Sie kann zu *Anonymisierung* (etwa um die Verantwortung für eine Handlung abzuschieben/zu leugnen) oder zu *Marginalisierung* (Abschwächung der gesellschaftlichen Relevanz von Akteuren) führen.

⁸ *Nominalisierungen* - v.a. wenn sie Handlungsverben betreffen - gehören neben *Passivierungen* zu den verbreitetsten sprachlichen Strategien, die in erster Linie dazu dienen, einem sprachlich repräsentierten Ereignis seinen

bewertendes Kompositum) wieder auf (*bürokratischer Wildwuchs* - vgl. a. "Wildwuchs der Universitäten"; Standard, 13.4.). Die negativ konnotierte Handlung des Nebensatzes (*wortreich* nicht etwa *tatenreich* ist der Modifikator) wird den Akteuren der gegebenen, zu reformierenden Seite zugeordnet. Insgesamt steht der erste Textteil also eigentlich für ein Nicht-Handeln *par excellence*.

Der neue Akteur hingegen ist über das finite Verb *versuchen* Argument *des* Handlungsverbs schlechthin (*handeln*), das hier in infiniter Form vom leicht abschwächenden finiten Verb abhängt. Damit ist übergeleitet auf das "neue" Muster für das zu reformierende Gegebene. Der etablierte neue Akteur (der "wahre", denn die anderen Akteure *verteidigen* bloß *wortreich*) wird mit positiven mentalen Konzepten verbunden: der zweite Textteil wimmelt nur so von Wörtern mit "Fährenfunktion"⁹ (*Idee, Reform, Privat(unternehmer), optimal, Wirtschaft, Führungskraft, Führungsschlüssel*). Der Akteur, Minister Bartenstein, äußert auch seine *Idee*, und diese findet im Text auch ihre diskursive Repräsentation (Bartenstein ist offensichtlich also zitabel, nicht jedoch einer der erwähnten *Mitarbeiter* - für *die Wirtschaft* - oder *Untergebenen* - für *den Staatsdienst*) - zu Diskursrepräsentation, primärem und sekundärem Diskurs s.u.

Das direkte und indirekte Zitat (*er sagt* "natürlich" und *behauptet, meint* oder *glaubt* nicht etwa) im zweiten Teil expliziert nochmals die Dichotomie *Wirtschaft - Staatsdienst.*, die bereits im ersten Teil (teilweise nur implizit, zumindest was "die Wirtschaft" betrifft) angelegt ist. Die Zitate sind durchwegs Zustandskonzepte, ihre Modalität durchwegs eine reale; selbst der Konjunktiv im indirekten Zitat - bezeichnenderweise im Zusammenhang mit dem Staatsdienst und nicht mit der Wirtschaft - läßt keinen Zweifel an der prinzipiellen Faktizität des Dargestellten. Verstärkt wird dies durch die textsortenspezifische Erwartungshaltung von RezipientInnenseite (es handelt sich bei dem Text um die informationsbetonte Textsorte "Bericht", noch dazu in den als seriös geltenden Salzburger Nachrichten, auch wenn deren "Wirtschaftsnähe" allgemein bekannt sein dürfte).

Dieses Beispiel aus der "Sparpaketszeit" (dem Untersuchungszeitraum dieser Arbeit) verdeutlicht das, was seit den 80er Jahren allmählich einen zentrale Platz im hegemonialen Ideologiesystem einnimmt. "Die Wirtschaft" wird als "frei", "unabhängig", "effizient", "optimal", "im Wettbewerb erprobt" etc. imaginiert. Sie ist "der Motor" einer normalistischen Dynamik (Link, 1992)¹⁰, sie bestimmt, wo "Grenzen zu setzen", "Krisen zu bewältigen/zu managen",

aktionalen Charakter zu nehmen. Kontext- und textstrukturabhängig kann diese Strategie wie bei der Wahl von Zustands- oder Prozeßkonzepten zu *Anonymisierung* oder *Marginalisierung* führen. Nominalisierungen können zudem auch leicht durch Adjektive attribuiert und damit auch bewertet werden (Hodge/Kress, 1993).

⁹ Wörter und Wortgruppen, teilweise ganze Texte mit "Fährenfunktion" sind solche, die entweder "alte" (an der Textoberfläche befindliche) und "neue" (präsupponierte, bzw. konnotierte) Inhalte verbinden oder Inhalte öffnen, d.h. anschließbar machen für verschiedenste diskursive Felder. Dies "funktioniert" deshalb, weil diskursive Muster analog aufgebaut sind. Wörter, Wortgruppen, Texte etc. sind solchermaßen Zeichen mit verschiedenen denotativen und konnotativen Ebenen.

Die wohl prominenteste Stellung im interdiskursiven "Orientierungsnetz" kommt den sog. "Kollektivsymbolen" (Link, 1991, 1992; Jäger, 1993) zu. Link nimmt an, daß bspw. der Mediendiskurs vom automatisierten und kollektiv verankerten Symbolsystem geradezu bestimmt ist und nicht etwa von argumentativen Strukturen. Durch ihre komplexe semantische Struktur und ihre potentiell polyfunktionale Einsetzbarkeit sind Kollektivsymbole prädestiniert, soziale Phänomene, Handlungen. Motive etc. einordenbar zu machen (s.a. Fußnote 10). Ein Beispiel in unseren Text ist das bereits diskutierte Symbol *Wildwuchs*. Als komplexes metaphorisches Negativ-Symbol, das gleichzeitig auf die Felder "Fauna" (Dschungel, Dickicht etc.) und "medizinischer Körper" (Krebs!) rekurriert, steht für ministerielle, bzw. allgemein die staatliche Verwaltung (zur genaueren Diskussion der Bedeutung der Kollektivsymbole siehe die bereits erwähnte Literatur).

¹⁰ Stark verkürzt dargestellt sind Norm und Normalität in den zeitgenössischen industrialisierten Ländern nach Link (Link, 1992) an dynamischen Wachstumsvorstellungen orientiert. Das Feld des Sozialen wird mit

"Bremsen zu ziehen", aber auch wo "Investitionen zu tätigen", "Entwicklungen einzuleiten" und "Vorstöße zu machen" sind.

Verbunden damit ist auch eine zunehmende Individualisierung sozialer Phänomene. Biografien werden in erster Linie als "selbstbestimmt" vorgestellt. V.a. Berufsbiografien, der zentrale Bereich "vergesellschafteter" Biografien, erscheint als Akkumulation von "Qualifikationen", für die man sich selbst zu entscheiden hat.¹¹ Das heißt nicht, daß soziale Bedingungen gelehnet werden, sie treten aber in den Hintergrund.

Interessant ist dabei - v.a. für den theoretischen Ansatz der Veränderlichkeit und Widersprüchlichkeit diskursiver Systeme - daß während der beschriebenen Transformationen und Neustrukturierungen des hegemonialen Ideologiesystems das politische System (die "staatlichen Apparate") kaum Veränderungen durchgemacht haben. Auch die maßgeblichen politischen Kräfte (SPÖ und ÖVP) sind - mit Einschränkungen - die selben geblieben. Das heißt, daß die Transformationen auf "*interne Kämpfe*" (Hall, 1989) innerhalb des hegemonialen Systems zurückzuführen sind. Das "neue" System ist dadurch aber auch vergleichsweise noch instabil - trotz mittlerweile fast zwei Jahrzehnten "*interner Kämpfe*" (s.u.).

Dies wird umso verständlicher, wenn man bedenkt, daß bereits etablierte Subjektpositionen abgebaut, und "neue" (selbstverständlich nicht zur Gänze neue) installiert werden müssen, die genügend Identifikationsmöglichkeiten bieten müssen, um hegemonial werden zu können. Diese Subjektpositionen sind in einer diskursiven Kette vorzustellen, deren Elemente vom angerufenen "Subjekt" verstanden werden. "Der Diskurs kann nur problemlos gelesen oder gesprochen werden, wenn er von einer "imaginären Position" des Wissens aus verkündet wird." (Hall, 1989, S.194)

In der folgenden Analyse möchte ich mich auf einige wenige Elemente dieser "diskursiven Kette" beschränken, die meiner Ansicht nach allerdings zu den zentraleren Positionen des neuen hegemonialen Systems zählen

3. Quadratisch, Praktisch, Gut

"Privatheit", "Rationalität" und "Wirklichkeitsnähe" als zentrale Positionen im Bildungsdiskurs

3.1. Untersuchungszeitraum

Den zeitlichen Schwerpunkt der Untersuchung bilden April, Mai und Juni 1996. Nach der umfangreichen Berichterstattung über die universitären Proteste (Ende Februar bis Ende März) verlagert sich ab etwa Anfang April der thematische Schwerpunkt der massenmedialen Berichterstattung über den universitären bzw. Bildungsbereich auf die Inhalte "Wert/Finanzierbarkeit", "Sinnhaftigkeit/Effizienz" (z.B. arbeitsmarktpolitisch), "persönlichem Mehr-

statistischen Rastern überzogen, die das Feld homogenisieren und dadurch dem Wettbewerb öffnen. Qualitative Differenz wird so zu quantifizierbarer Differenz (vgl. bspw. Uni-ranking, News, 27.6.1996 etc.). Diese Homogenisierung, Hierarchisierung und anschließende Dynamisierung durch Wettbewerb umfaßt tendenziell alle sozialen Felder. Für die dynamische Entwicklung gibt es ein normalistisches Feld mit Grenzwerten nach unten und oben (Krisen, Stagnation, Kollaps, Überhitzung etc.).

Die entsprechenden Kollektivsymbole sind technische Vehikel/Körper (Auto, Schiff, Flugzeug, technisierter Körper von SportlerInnen, sexueller Körper, medizinischer Körper etc.). Sie repräsentieren die dynamische, wettbewerbsorientierte Normalität in sprachlicher, graphischer (z.B. Kurvengraphiken) und bildlicher Form (z.B. Thematisierung der vorwärtsdrängenden, konkurrenzbetonten Geschwindigkeit durch SportlerInnen, Autos etc. in der Werbung - Michael Schuhmacher als Werbeträger für eine Uhr, Steffi Graf als Werbeträgerin für ein Deodorant etc.).

¹¹ Im Standard vom 7.5.1996 ist von "Zusatzqualifikation", die "für das Unternehmen verwertbar" ist, die Rede. In der Presse vom 14.5.1996 wird die Wichtigkeit von "Zusatzqualifikationen und 'Sich-verkaufen-können'" und von "exotischen Nebenqualifikationen" betont. Siehe auch die Detailanalysen unten.

wert" von universitärer Bildung. Davor sind diese ebenfalls zu finden, allerdings sind sie schwächer repräsentiert (zur medialen Repräsentation der Proteste siehe v.a. die Arbeiten von Helga Danzinger und Harald Pichlhöfer).

Für die Detailanalyse möchte ich drei Texte analysieren, wobei einer der Texte thematisch nicht unmittelbar mit Bildung zusammenhängt (Thema: Beamte), allerdings sehr anschaulich die Verschränkung verschiedener Diskursstränge aufzeigt. Zur "Unterfütterung" der Analyse ziehe ich auch Beispiele aus anderen Texten heran.

Im weiteren verwende ich folgende Abkürzungen für die herangezogenen Medien: K (Kurier), KIZ (Kleine Zeitung), N (News), ÖÄZ (Österreichische Ärztezeitung), P (Presse), pr (profil), SN (Salzburger Nachrichten), St (Standard), T (Trend), WZ (Wiener Zeitung). Die Datumsangabe erfolgt im folgenden ohne Jahreszahl, da alle Texte aus dem Jahr 1996 stammen.

3.2. Von der Investition in die eigene Zukunft

Als ersten Text möchte ich einen Kommentar von Walter Osztovics mit dem Titel "Die Tage des freien Studiums sind gezählt", der in der Mitte des Textes eingeschoben ist, (K, 20.4.) analysieren.

Soll niemand sagen, daß die Proteste der Hochschulen nichts bewirken würden. Was als Kampf um mehr Geld für den Universitätsbetrieb und um mehr Sozialleistungen für die Studenten begonnen hat, könnte in letzter Konsequenz zu Reformen führen, an die noch vor einem Monat niemand geglaubt hätte: zu einer Straffung (weniger freundlich gesagt: einer Verringerung) des Angebots an Studien, verschärften Bedingungen für den Hochschulzugang und schließlich auch zu Studiengebühren.

Das wäre natürlich nicht ganz das, was sich die Studenten gewünscht haben. Es wäre auch ein Bruch mit einigen Dogmen der österreichischen Bildungspolitik. Aber so gut wie alle Experten halten diese Schritte für sinnvoll. Die demonstrative Skepsis von Kanzler Vranitzky kann daher nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Tage des freien Studiums für jedermann gezählt sind.

Und das ist gut so. Im jetzigen System, so viel dürfte sich herumgesprochen haben, stehen Aufwand und Ergebnis in krasssem Mißverhältnis. Kein anderes Land Europas macht seinen Bürgern das Studieren so leicht und so billig. Dennoch sind weder die Akademikerquote noch der Forschungs-Output höher als anderswo. Auch das gesellschaftspolitische Ziel des Gratisstudiums wurde verfehlt: Der Prozentsatz an Studenten aus Familien, wo nicht schon die Eltern Akademiker waren, ist in den letzten Jahren kaum gestiegen.

Das wichtigste Argument für Studiengebühren lautet daher: Das Gratisstudium verführt Kinder aus gebildeten Familien dazu, ihre Lebensplanung nach der Mittelschule noch ein paar Jahre hinauszuschieben und erst einmal drauflos zu studieren. Deswegen wären auch intelligente Zulassungshürden (etwa Tutorien oder Schnuppersemester) ein Fortschritt. Was immer den Neunzehnjährigen hilft, sich klarzuwerden, was sie eigentlich wollen und wofür sie geeignet sind, steigert die Kosteneffizienz.

Hochschulgebühren würden auch das Problem entschärfen, daß bei vielen Studien ein Gegensatz zwischen ihrer Bedeutung und ihrer ökonomischen Nützlichkeit besteht. Zum Beispiel ist es sicher gut für eine Gesellschaft, wenn besonders viele ihrer Mitglieder Philosophie oder politische Wissenschaften studieren. Die Nachfrage nach Absolventen dieser Disziplinen ist auf dem Arbeitsmarkt hingegen nicht allzu groß. Soll der Wissenschaftsminister ihnen daher die Mittel kürzen?

Im Fall von Studiengebühren können solche Institute mit ihrem Angebot an Sinn und gesellschaftlicher Orientierung sogar Geld verdienen. Umgekehrt könnte die Regierung für manche technische Studienrichtungen, wo notorischer Mangel an Absolventen herrscht, die Studiengebühren refundieren, um einen Anreiz zu liefern.

Nicht zuletzt sind Studiengebühren gerecht: Akademiker haben im allgemeinen bessere Berufschancen und ein höheres Einkommen als andere. Das Studium ist also keine Leistung an der Gesellschaft, sondern eine Investition in die eigene Zukunft. Beim Gratisstudium subventionieren jene, die weniger verdienen, die Ausbildung derer, die später mehr verdienen werden. Es ist eine Umverteilung nach oben."

Der Text steigt mit einer ironischen Wendung (unerwartete Negation einer Negation) im ersten Satz ein, die die Handlungen der Universitätsangehörigen (StudentInnen und Lehrende) aufgreift, allerdings in stark anonymisierender Form. Die Handlungsnominalisierung (siehe Fußnote 8) *Proteste* wird durch die Institution *Hochschule* (nicht etwa durch deren TrägerInnen) als Subjektsgenitiv näher bestimmt. Die Handelnden werden dadurch tendenziell marginalisiert (s. den Diskurs der "Bagatellisierung" im Beitrag von Harald Pichlhöfer). Diese Handlungsnominalisierung wird selbst zu einem Argument, das über den verbalen Prozeß *bewirken* auf eine noch unbestimmte Variable (nicht *nichts* = etwas) wirkt. Mithilfe des Verbs *bewirken* bilden diese beiden Argumente eine Proposition, die die "Handlungsarmut" der Nominalisierung fortsetzt. *Bewirken* bezeichnet nämlich keine Handlung, sondern "versteckt" diese hinter einem Prozeß.

Im zweiten Satz wird diese Variable mittels zweier Prozeßkonzepte (*beginnen* und *führen*), die wiederum das Handlungsmoment in den Hintergrund rücken lassen, kategorisiert. Die beiden Prozesse implizieren durch ihre temporale Aufeinanderfolge gleichzeitig eine kausale Folgerichtigkeit, allerdings in der Form, daß bereits von vornherein eine klare Dichotomie konstruiert wird. Das Ergebnis der Handlungsnominalisierungen *Proteste* und *Kampf* kann nur in zweierlei Dingen liegen: dem Alten, Gegebenen, gleichsam Überholten (*mehr Geld für den Universitätsbetrieb/mehr Sozialleistungen für die Studenten*) und dem Neuen (*Reformen* - ein zentraler Begriff, der positive Entwicklung und kontrollierbare, krisenfreie normalistische Dynamik signalisiert). Das Neue, "Unglaubliche" (woran *niemand geglaubt hätte*), weil - wie wir unten sehen werden - bisher durch *Dogmen* Verhinderte, wird im Relativsatz ironisch zusätzlich betont.

Der Doppelpunkt markiert den Übergang zum Konkreten. Die Reformen bestehen aus einer *Straffung*¹² bzw. *Verringerung* des Studienangebots, *verschärften Bedingungen für den Hochschulzugang* und *Studiengebühren*. Hier (bzw. bereits im Titel) stoßen wir auf einen der ideologischen Widersprüche, die das System insgesamt dennoch nicht "gefährden" können. Der Begriff "frei" ist (im Sinne von Hall, 1989) "mehrstimmig", daher auch in besonderer Weise kontextabhängig. Zum einen ist er dem positiven Feld "Wirtschaft/Wettbewerb/ Risikobereitschaft" (mithin der normalistischen, konkurrenzorientierten Dynamik) zugeordnet, die mit anderen Positionen eine diskursive Kette bilden, zum anderen jenem von "Ineffizienz/mangelnder Kontrolle/Dogmatik/Stagnation".

Der zweite Absatz ist ein interessanter Fall von Parallelismus. Im ersten Satz nimmt er die Ironie des ersten Satzes des ersten Absatzes wieder auf. *Die Studenten* sind wiederum nicht

¹² Dieser Begriff knüpft an den verbreiteteren der *Effizienz* an (der auch im vorliegenden Kommentar noch auftaucht). Reinhard Christl, Chefredakteur des Industriemagazins, schreibt in einem Kommentar (St, 10.4.) etwa von "Zweckmäßigkeit und Effizienz", die als Kriterium auch für geisteswissenschaftliche Studien gelten sollten; Peter Gerlich, Professor an der Wiener Politikwissenschaft, schreibt in einem Kommentar (P, 15.4.) von "Publikationseffizienz" und "Effizienz der Forschung" an seinem Institut; der Rektor der Uni Wien, Alfred Ebenbauer, spricht in einem Interview (St, 25.4.) von "Effizienz" als Ausfluß der UOG-Implementierung; in einem Bericht (SN, 29.4.) wird der Grüne Wirtschaftsfachmann Alexander van der Bellen zitiert, der die Wichtigkeit von "Effizienz", "Kostenrechnung", "Kostenbewußtsein", "Kosten-Nutzen-Schätzung" betont; in einem Bericht (KIZ, 3.5) über Zulassungsregulierung wird "Effizienz" eingefordert; in einem Kommentar von Frank Hartmann (St, 10.5.) wird eine "effiziente Forschung" gefordert, damit "Österreich international konkurrenzfähiger" werde; etc. etc.

Gerade der Komplex um *Effizienz*, *Entbürokratisierung* (St, 7.5.), *optimierenden Einsatz finanzieller Mittel* (St, 3.5.) etc. ist maßgeblich für die Tendenz der "Versachlichung" des Bildungsdiskurses. Diese Begrifflichkeiten funktionieren nur durch einen breiten, präsupponierten Konsensrahmen, denn fast nie wird auf das näher eingegangen, was *effizient* ist/sein könnte. Ebenso wenig wie im zitierten Bericht über die "Ressort-Reform" im Umweltministerium darauf eingegangen wird, was ein "optimaler Führungsschlüssel" ist.

Handelnde, sondern diesmal Argument eines mentalen Prozesses, also neuerlich marginalisiert. Der zweite Satz bewertet das "Alte/Gegebene" und das "Neue"/die "Reformen": Das Alte sind die *Dogmen*, das Neue ist der *Bruch* damit. Dem Versachlichungskomplex wird hier der dogmatisch-ideologische Komplex entgegengestellt. Diese Dichotomie will ich im folgenden **Rationalität** versus **Irrationalität** nennen. Auf der Seite der Rationalität stehen die *Experten*, jene, die kalkulieren und evaluieren ("Kostenrechnung", "Zweckmäßigkeit", "Effizienz", "optimierender Einsatz finanzieller Mittel"; s. Fußnote 12), auf Seiten der Irrationalität steht *demonstrative Skepsis*, die versucht, über von *Experten* für *sinnvoll* erachtete Tatsachen *hinwegzutäuschen*.

Diese "demonstrative Skepsis" des Kanzlers bringt ihm am selben Tag im Bericht von M. Kadi und A. Anzenberger (K, 20.4.) den Titel "Kanzler bremst SP-Vorreiter: Njet zu Studiengebühren" ein. *Vorreiter* (für positive Veränderungen) zu bremsen, kann nur ein doktrinär-sowjetisches *Njet*¹³ bedeuten. Auch im Kommentar mit dem Titel "Ahnungslos" von Anneliese Rohrer (P, 29.4.), in dem sie sich Gedanken über das "SP-Universitätskonzept" macht, wird die Dichotomie Rationalität/Irrationalität reproduziert.

(...) Obwohl der Staat schon jetzt den Massenansturm an die frei zugänglichen Universitäten nicht finanzieren kann, verlangt ÖGB-Chef Verzetnitsch den Zugang für Lehrlinge; obwohl das Ministerium per Fax-Erlaß die Notbremse bei den Hochschullehrern zieht, verlangt EU-Spitzenkandidat Swoboda mehr Geld; obwohl sich SP-Chef Franz Vranitzky rigide gegen Studiengebühren ausspricht, denkt sein Schützling und Wissenschaftsminister Scholten laut über Privatuniversitäten nach. (...)

Diese Positionsunterschiede innerhalb der SPÖ finden schließlich ihre explizite Deutung.

(...) Freie Staats-Universität für alle als SP-Doktrin - oder, ob des Geldmangels, doch wieder nicht? Das Problem ist nicht Ideologie versus Praxis. Sondern: Es fehlt einfach ein neues SP-Universitätskonzept.

Obwohl die eindeutig wertende Dichotomie Ideologie/Praxis geleugnet wird, geschieht dies nur dadurch, daß soviel "Konzept" erst gar nicht zugestanden wird.

Die erwähnte Dichotomisierung zieht sich - mit wenigen Ausnahmen¹⁴ - durch den Großteil der untersuchten Texte (s. Fußnote 12). So ist in einem Bericht über die Montanuniversität Leoben und ihren Rektor Paschen (P, 2.4.) von "großen Rationalisierungspotentialen" an den Universitäten zu lesen. Der BUKO-Vorsitzende Grünewald schreibt in einem Kommentar (SN, 30.4.) folgende Einleitungssätze: "Im kollektiven Bekenntnis zum Spargedanken entwickelt sich eine neue Solidarität. Rationale Erwägungen und gesunder Realismus sind die positiven Anteile einer Bewegung, die immer mehr Österreicher erfaßt."

Arithmetik und Statistik (in versprachlichter und graphischer Form) sind wichtige Verfahren der *Rationalisierung*, um die "begrenzten Kapazitäten" der Universitäten (St, 3.5.) zu legitimieren. In einem Streitgespräch mit Rektor Leopold März (P, 26.4.) spricht Sektionschef Sigurd Höllinger davon, daß der "freie Hochschulzugang seine Grenzen erreicht hat". Das Überschreiten der Grenze bedeutete Krise im normalistischen System. In einem Porträt Höllingers (pr, 29.4.) heißt es schließlich auch folgerichtig: "Zahlen, Daten, Fakten

¹³ Das russische Wort für Nein wird auch dem "allmächtigen Chef der Beamten-gewerkschaft", Siegfried Dohr, in den Mund gelegt (N, 24.4.). Mit dieser *Anspielung* - einer weiteren Strategie, präsupponierte oder konnotierte Inhalte zu aktualisieren - wird auf den diffusen Komplex antikommunistischer (bzw. antisowjetischer) und antislavischer Vorurteile verwiesen. V.a. erstere sind als Muster doktrinärer Dogmatik intuitiv einleuchtend.

¹⁴ Etwa im Kommentar von Samo Kobenter (St, 23.4.), wo im Zusammenhang mit der Hochschul- und Budgetpolitik der Regierung von "Entdemokratisierung", "Verschulung und Marginalisierung der Forschung" die Rede ist.

gilt die Aufmerksamkeit des Sektionschefs", der damit als ein der Rationalität verpflichteter, verantwortungsvoll haushaltender Verwalter imaginiert wird und so zum normalistischen Reform-"Helden" mutiert. Mithilfe solcher Rationalisierungen wird der Gegensatz zwischen "objektiver", "ideologiefreier", "wirtschaftlicher" und "doktrinärer", "ideologischer", "unwirtschaftlicher" Position gefestigt.

Im dritten Absatz des Osztovics-Kommentars wird die "rationale" Position argumentativ in zwei Richtungen gestützt. Zum einen wird mit einer Art Kosten-Nutzen-Rechnung operiert (*Aufwand* versus *Ergebnis*). Der Aufwand ist das *billige Studieren*, das Ergebnis ist die magere *Akademikerquote* und der niedrige *Forschungs-Output*. Zum anderen wird *gesellschaftspolitisch* mit einem *Prozentsatz* gegen ein *Gratisstudium* argumentiert. Beide Argumente operieren mit einer "rationalistischen" Arithmetik (allerdings ohne Zahlen), soziale Phänomene, die sich nicht so leicht in "Aufwand", "Ergebnis" und "Prozentsatz" fassen lassen, bleiben ausgeblendet¹⁵ - was nicht heißt, daß dies auch bei den erwähnten Phänomenen so einfach ist. Qualitative Differenz (*Forschung*) wird homogenisiert, quantifizierbar (*Output*) gemacht und schließlich ins internationale "Rennen geschickt" (*nicht höher als anderswo*).

Der vierte Absatz mündet schließlich in eine argumentative Engführung der im vorhergehenden Absatz thematisierten Richtungen. *Kinder aus gebildeten Familien* ("gesellschaftspolitisches Argument") handeln aufgrund des "Dogmas Gratisstudium" im Sinne einer *Kosteneffizienz* ("Kosten-Nutzen-Rechnung") falsch. Sie sind Akteure eines negativ konnotierten Handlungsverbs (*Lebensplanung hinausschieben*) und eines in kolloquialer Weise negativ qualifizierten neutralen Handlungsverbs (*erst einmal drauflos studieren*). Durch diese Engführung wird zudem eine *Generalisierung* im Bezug auf die Akteure der Handlung erreicht. Eine zuvor weit schärfer formulierte *Zulassungshürde* (*Studiengebühren*) wird in euphemistischer Weise zurückgenommen (*Tutorien oder Schnuppersemester*). Das Verb *helfen* im letzten Satz des Absatzes setzt die euphemistische Tendenz fort und degradiert zudem das Ziel der Hilfe, die *Neunzehnjährigen* (*Kinder*), die sich erst *klarwerden* müssen, *was sie eigentlich wollen und wofür sie geeignet sind*. Durch negative Bewertung, Generalisierung, Euphemisierung etc. wird die Tendenz des Textes fortgesetzt, eine Gruppe (*Studenten*), die an sozialen Handlungen beteiligt ist, zu marginalisieren.

Der fünfte Absatz trennt die "gesellschaftspolitische" und die "ökonomische" Argumentationslinie wieder von einander. Diesmal wird ein direkter Gegensatz zwischen (gesellschaftspolitischer) *Bedeutung* und *ökonomischer Nützlichkeit* konstruiert, der den gesamten Absatz und den darauffolgenden dominiert. Im zweiten Satz wird die genannte Bedeutung spezifiziert: ein explizit positiv bewertetes Zustandskonzept (*ist gut*) hebt das Studium der Philosophie und Politikwissenschaft hervor. Dem steht im nächsten Satz ein negativ bewertetes Zustandskonzept aus ökonomischer Perspektive gegenüber (*ist nicht groß*). Die beiden indikativischen Zustandskonzepte lassen keinen Zweifel an ihrer Faktizität (daran ändern auch die verschieden stark einschränkend-abschwächenden Modifikatoren *sicher* und *nicht allzu* nichts). Die rhetorische Frage im letzten Satz leitet auf deren "Antwort" im sechsten Absatz über.

Hier wird die Dominanz der "ökonomischen" Perspektive über die (dennoch äußerst positiv bewertete)¹⁶ - *Sinn und gesellschaftliche Orientierung*) "gesellschaftspolitische" gefestigt. Die

¹⁵ So ist keine Rede von "sozialen Filtern" vor einer allfälligen universitären Laufbahn, die es bspw. Kindern aus "niedrigen sozialen Schichten" erschweren, an die Universität zu gehen.

¹⁶ Diese - trotz ökonomischer Dominanz - immer wieder auftauchende Betonung des "Wertes" von Geistes- und Sozialwissenschaften zeigt, daß das neue "neoliberal-ökonomistische" Modell durchaus nicht einheitlich, monolithisch und geschlossen ist (s.o.). Auch dieses Modell ist offen (läßt "Positionen" frei) für Elemente traditioneller Ideologiesysteme, z.B. dem korporatistischen Modell oder (wieder verstärkt) einem konservativ-elitären,

betroffenen Institute, wo *Aufwand* und *Ergebnis* in *krassem Mißverhältnis* stehen, könnten durch *Studiengebühren* in eine *Bildungspolitik* jenseits von *Dogmen* integriert werden: Sie könnten Geld verdienen und solchermaßen ihren Status ändern. Sie wechseln von "Staat" zu "Privat" (Näheres zu dieser Dichotomie unten). Allerdings wird der Staat (*Regierung*) nicht ganz aus seiner (Lenkungs-)Pflicht genommen, allerdings nur im Dienste des Marktes (s. im fünften Absatz die *Nachfrage* am *Arbeitsmarkt*). Der Autor gibt eine, durch den Konjunktiv (*könnte*) leicht abgeschwächte Handlungsanweisung. Ziel der Handlung (*Studiengebühren refundieren*) wäre es, eine normalistische Grenzwertunterschreitung (*notorischer Mangel an Absolventen*) abzuwenden.

Im siebenten und letzten Absatz wird die Argumentation für Studiengebühren schließlich mit der Umkehrung einer klassisch korporatistischen Position abgeschlossen: der *Umverteilung*. Eingeleitet wird wiederum mit einem Faktizität signalisierenden, durch einen Modifikator (*im allgemeinen*) leicht abgeschwächten indikativische Zustandskonzept: *Akademiker* haben mehr Geld, daher sollen sie mehr zahlen. Diese Behauptung und der Schluß daraus sind insofern interessant, da sie im Widerspruch zu dem vorher Geschriebenen stehen. Geistes- und SozialwissenschaftlerInnen haben wenig Chancen am *Arbeitsmarkt* (d.h. ihre Verdienstchancen sind auch gering), sie sollen aber Gebühren zahlen, da ihre *ökonomische Nützlichkeit* klein ist. TechnikerInnen soll die Gebühr hingegen erlassen werden, da die *Nachfrage* nach solchen Berufen geradezu *notorisch* ist (d.h. ihre Chance, einen gutbezahlten Beruf zu finden ist sehr groß).

Diese textinterne Widersprüchlichkeit "gefährdet" allerdings nicht die Argumentation oder gar das gesamte ideologische System. Sie macht vielmehr deutlich, daß es eine strenge, systeminterne Kausalität nicht gibt. Ein diskursiv konstruiertes System (re)produziert Subjektpositionen, die selbst wieder aus relativ voneinander unabhängigen, aber verketteten Positionen bestehen. Im gegebenen Fall könnte man die Positionen mit "alles ist gut, was nützlich, ökonomisch verwertbar, effizient etc. ist" und "alles muß von den Personen bezahlt werden, was teuer ist und von diesen 'verbraucht' wurde" paraphrasiert werden. Diese Positionen (und andere mehr) können in einem Text angerufen werden; und solange sie im gesamtgesellschaftlichen Diskurs hegemonial genug bzw. konsensfähig sind, kann ihre allfällige Widersprüchlichkeit durchaus "in Kauf genommen" werden. Selbst Texte, die als stark argumentationszentriert empfunden werden, operieren mit diesen Widersprüchlichkeiten.

Die dem Einleitungssatz des letzten Absatzes folgenden Sätze schließen an den Komplex **Privatheit** versus **Staatlichkeit** an. Die zuvor durchaus positiv bewertete gesellschaftspolitische Dimension wird nun geleugnet (*keine Leistung an der Gesellschaft*). Dem wird die genannte Dichotomie entgegengesetzt (eingeführt durch die "Führenwörter" *Investition* und *subventionieren*¹⁷). Die Biografie - das (Gratis-)Studium - wird individualisiert und dadurch der privaten Verantwortlichkeit zugeordnet (*Investition in die eigene Zukunft*). Dem wird der

bildungsbürgerlichen Modell, das mit biologistischen Elementen operiert ("Auswahl der begabtesten Studenten" (ÖÄZ, 22.4.); "völlig ungeeignet" für ein Studium und den Beruf (P, 26.4.). Auch Osztovics schreibt im vierten Absatz davon, daß Neunzehnjährige sich klarwerden müßten, "wofür sie geeignet sind".

¹⁷ Dieses Gegensatzpaar (mit den dazugehörigen semantischen Feldern) steht exemplarisch für den erwähnten Komplex. So ist in einem Bericht über die zukünftige Forschungspolitik (St, 22.4.) zu lesen: "Entscheidungsträger der europäischen Wissenschaft tagen bis Dienstag im niederösterreichischen Dürnstein, um der EU-Forschungspolitik einen neuen Kick zu geben: weg von der *Subvention* - hin zu *Investition*." (Herv. von mir). In einem Bericht über die Studiengebühren-Diskussion (K, 2.5.) wird gefordert, "in die Zukunftsträchtigkeit der Universitäten zu investieren".

Besonders im Zusammenhang mit Fachhochschulen und Privatuniversitäten gewinnt die Dichotomie privat/staatlich im Zusammenhang mit Investition/Subvention, aber auch mit dem Komplex "Wettbewerb" an Bedeutung (s.u.).

Ist-Zustand des *Gratisstudiums* gegenübergestellt, der mit "Subvention" gleichgesetzt wird. Der Kommentar schließt wiederum in einer ironischen Wendung, die explizit die korporatistische "Position" *Umverteilung* aufnimmt - allerdings in verkehrter Weise, womit der Autor sie desavouiert, ohne sie gänzlich ablehnen zu müssen.

Dieser Kommentar beinhaltet also zwei der drei Gegensatzkonstruktionen, die ich hier beschreiben möchte. Der Autor dieses Kommentars, Walter Osztovcics, wird uns beim dritten zu analysierenden Text ein weiteres Mal begegnen, wo sich zeigen wird, daß er auch die dritte Dichotomie, **Realität** versus **Irrealität**, in seinem Repertoire aufzuweisen hat.

3.2. Von praxisorientierten Qualifikationen und Persönlichkeitsentwicklung

Zeitgleich zur Berichterstattung über den traditionellen tertiären Bildungssektor (Universitäten, Kunsthochschulen) ist eine nicht unerhebliche Zahl an Texten über die "jungen" Fachhochschulen zu beobachten. Implizit, oft aber durchaus auch explizit treten sie in eine Oppositionsbeziehung zu den Universitäten. Im Gegensatz zur "Krise der Universitäten" sind "Fachhochschulen für viele ein neuer Hoffnungsträger" (St, 7.5.), es sind "Elitehochschulen" im Gegensatz zur "Massenuniversität" (St, 7.5.). Die Konstruktionen in den Texten über Fachhochschulen kreisen in erster Linie um die Komplexe "Privatheit" versus "Staatlichkeit" (wobei hier v.a. der erste Teil des Paares explizit thematisiert wird) und "Realität" versus "Irrealität".

Was den ersten Komplex betrifft wird in den Texten zu Fachhochschulen, aber auch zu Universitäten die "Position" des "Kunden/Käufers"¹⁸ und des streng kalkulierenden "privaten Investors"¹⁹ verstärkt angerufen. Ziel der studentischen "Klienten" (St, 4.6.) sollte es sein, im Hinblick auf das "Erwerben der Berufsfähigkeit/persönlicher Fähigkeiten" (K, 22.4.), der "Anforderungen des Marktes" (K, 20.4.) etc., ihren Bildungsgang zu wählen. Damit ist das soziale Feld "Bildung" homogenisiert und offen für den "Wettbewerb" mit dem Moment "Leistungssteigerung". Als Aussicht lockt ein Job am "angespannten Arbeitsmarkt"²⁰ (St, 23.4.). Fachhochschulen bieten im Gegensatz zu Universitäten all diese Vorteile.

Zwar gibt es sie erst seit dem Herbst 1994 und erst 1996 - zeitgleich zu den untersuchten Texten - wurden die ersten Diplome in Vorarlberg vergeben, aber dennoch ist bereits von "Verbesserung der Chancen im Berufsleben" (St, 7.5.) und vom "sicheren Arbeitsplatz" (SN, 14.5.) die Rede. In einem Bericht über die projektierte (!) Techno-Z-Fachhochschule in

¹⁸ "Außerdem könnten sie (= die StudentInnen) dann (= im Fall von Studiengebühren) die Forderung erheben: Hier ist mein Geld, wo bleibt die Ware?", "Aus Studenten werden Kunden." (pr, 1.4.); "Wer zahlt, schafft an." (SN, 18.4.); "Wer zahlt, darf auch anschaffen." (SN, 19.4.); "So kündigte Scholten an, daß mit dem neuen Studienrecht 'Kundenorientiertheit hinsichtlich der Studenten ein zentraler Punkt' sein werde." (P, 23.5.)

¹⁹ "(...) Vor- und Nachteile des freien Hochschulzugangs und was der Preis dafür ist" (St, 3.5.); "(...) optimierender Einsatz finanzieller Mittel (...)" (St, 3.5.); "(...) das Grundproblem dürfte nun allen klar sein - daß Qualität, Menge und Preis zusammenhängen." (K, 4.5.); "(Fachhochschulen sind) effizienter Mitteleinsatz des Bundes (...)" (P & St, 21.5.)

²⁰ Interessant ist, daß als Antwort auf Angriffe gegen Geistes- und Sozialwissenschaften, die bloß "Ausschuß" (Heraklith-Chef Longin im Streitgespräch mit Prof. Schmidt-Dengler; pr, 1.4.) produzieren würden, die selben Muster übernommen werden: die Qualität der Studienrichtung wird an der Konkurrenzfähigkeit ihrer "Produkte", v.a. am "freien" Arbeitsmarkt gemessen. Politikwissenschaftler Peter Gerlich schreibt, daß "(...) die Absolventen der österreichischen Studienrichtung Politikwissenschaft vermutlich auch aufgrund ihrer Weltoffenheit und sozialen Anpassungsfähigkeit berufliche Positionen in den verschiedensten Bereichen des öffentlichen Lebens, aber auch (fast zur Hälfte) in Wirtschaftsunternehmungen [sic!] finden. Sie sind dabei in der Praxis gegenüber Absolventen "angesehener" Fachrichtungen konkurrenzfähig." (P, 15.4.). Indikator für die "Konkurrenzfähigkeit" der "Produkte" ist also ihr "Absatz" am "Markt" (der wirklich freie sind nur die *Wirtschaftsunternehmen*).

Salzburg (SN, 14.5.) ist zu lesen: "In vier Jahren sollen die Absolventen gute Berufsaussichten als Videokünstler [sic!] oder Online Publisher, als Animationsproduzenten oder Gestalter von Computerspielen finden, verheißt der FH-Trägerverein, das Techno-Z. Salzburg Research." Und Josef Bruckmoser schreibt in einem Kommentar (SN, 14.6.): "Das Argument, daß ihre (= Fachhochschulen) Absolventinnen und Absolventen gleichsam mit der Unterschrift unter den Ausbildungsvertrag einen Top-Job in der Tasche hätten, ist nicht von der Hand zu weisen."

Exemplarisch für die positive Gegenkonstruktion "Fachhochschulen" zu den Universitäten sollen die Auszüge aus folgendem Bericht (St, 23.5.) analysiert werden:

(OSchlZ) **Fachhochschulen im Trend**

Titel: **Aussichtsreiche Bildungswege:**

Österreich - Künftig wird es auf dem Arbeitsmarkt immer enger werden. Nicht zuletzt deshalb, weil einfache Verrichtungen zunehmend von intelligenten Maschinen übernommen werden können. Wer keine praxisorientierte Qualifikation vorweisen kann, wird im Konkurrenzkampf um attraktive Jobs in Zukunft noch weniger Chancen haben als heute. Solche Berufsausbildung bieten nun, spät aber doch, die österreichischen Fachhochschulen an. (...)

Elsa Hackl, Abteilungsleiterin für Fachhochschulen im Wissenschaftsministerium, nennt die wichtigsten Unterschiede zu den herkömmlichen Unis:

- Der Student ist weniger "frei". Es herrscht Anwesenheitspflicht, Prüfungen müssen zu vorgeschriebenen Zeiten abgelegt werden. Der Vorteil, auch für unterhaltspflichtige Eltern: Die Drop-Out-Rate ist niedriger und das Studium wird flotter absolviert
- Das Studium ist "entstaubt", der Lehrplan orientiert sich an der Praxis jenseits des "Elfenbeinturms". Denn nicht nur Universitätsprofessoren, auch Praktiker vermitteln ihr Wissen.
- Die Zukunft gehört nicht dem Fachidioten. Wer sich durchsetzen will, braucht neben technischem und wirtschaftlichem Know-How auch Teamgeist und Sozialtechniken. Im verbindlichen Stundenplan stehen deshalb "Kommunikationstechnik" und "Persönlichkeitsentwicklung".

(...)

Oberschlagzeile und Titel geben bereits den positiven Ton des Textes an; verstärkt wird dies durch die symbolischen Begriffe *Trend*, *Weg*, die beide auf ein Fortschreiten anspielen.

Ab dem ersten Satz des Textes wird "objektive" Faktizität signalisiert. Zum einen geschieht dies durch den indikativischen Modus, zum zweiten durch die explizit argumentative Struktur der ersten drei Sätze (auch wenn diese prädikatenlogisch nicht "lupenrein" ist, was Argumentationen in sprachlichen Handlungen jedoch im seltensten Fall sind). Der erste Satz ist das Argument und der zweite Satz stützt dieses zusätzlich. Durch eine implizite Schlußregel kommt es zur Schlußfolgerung (*im Konkurrenzkampf ... weniger Chancen haben ...*), die allerdings durch eine Ausnahmebedingung "gemildert" wird (*praxisorientierte Qualifikation*). Im vierten Satz wird diese Ausnahmebedingung weiter spezifiziert (denn um diese "geht es"): *Solche Berufsausbildung bieten ... Fachhochschulen.*

Die Argumentationsstruktur ist jedoch "nur" Strategie, die Marker für Faktizität und Objektivität ist (im ersten Absatz folgen auf die ersten vier Sätze zwei weitere mit "Faktennennung" zu Studierendenzahl und Anzahl der Studienrichtungen in Fachhochschulen). Wichtiger ist die Entwicklung eines Oppositionsszenarios "Alt/Zukunftslos" versus "Neu/Zukunftsorientiert" und eines Szenarios, in welchem das soziale Feld wiederum homogenisiert wird (*der Arbeitsmarkt*) und in den "Konkurrenzkampf" geschickt wird (beides normalistische Grundstrukturen, s.o.). Der weiteren Entwicklung dieser Szenarien dient in diesem Text die Dichotomie **Realität** versus **Irrealität**, die im zweiten Absatz in einem Zitat explizit thematisiert wird.

Interessant in diesem Zusammenhang ist auch *wer* hier zitiert wird. Es ist eine *Abteilungsleiterin für Fachhochschulen im Wissenschaftsministerium*, also eine hierarchisch hochstehende Repräsentantin des staatlichen Apparats. Es geht in diesem Zusammenhang darum,

welche Personen prominenten Zugang zum Mediendiskurs haben, sei es über sekundäre diskursive Repräsentation (etwa durch Zitate) oder über direkten Zugang (indem sie Texte für Medien verfassen). Anhand dessen, wer einer Diskursrepräsentation für würdig erachtet wird, läßt sich auch anschaulich das Phänomen "Reproduktion der Machtverhältnisse" verdeutlichen. In unserem Fall stammen Kommentare - soweit sie nicht von hausinternen JournalistInnen verfaßt werden - fast ausschließlich (Aufzählung und Beispiele nicht vollständig) von WirtschaftsjournalistInnen²¹ (St, 10.4.), und UniversitätsprofessorInnen (K, 12.4.; P, 15.4.; P, 15.5.); sekundär repräsentiert (in Zitaten, Interviews, Streitgesprächen etc.) sind ebenfalls "Männer aus der Wirtschaft" - s. Fußnote 21 - (pr, 1.4.; SN, 24.5.; T, 31.5.), fixe (meist höhergestellte) Universitätsbedienstete (ProfessorInnen, DozentInnen) (pr, 1.4.; P, 2.4.; P, 5.4.; P, 10.4.; P, 15.4.; St, 23.4.; P, 26.4.; St, 26.4.; SN, 30.4.; KIZ, 3.5.; K, 10.5.; etc. etc.) und PolitikerInnen, bzw. BeamtenInnen (pr, 1.4.; P, 6.4.; SN, 18.4.; SN, 19.4.; K, 20.4.; N, 24.4.; P, 26.4.; P, 27.4.; pr, 29.4.; P, 21.5.; St, 21.5.; etc. etc.).

Werden Studierende oder - noch seltener - externe LektorInnen sekundär diskursiv repräsentiert (weit öfter sind beide jedoch nur Objekte der Berichterstattung), stehen sie im "Postprotest"-Zeitraum²² tendenziell im Zusammenhang mit "unverbesserlicher Irrationalität/Irrealität" (etwa Darstellung weiterer Aktionen/Demonstrationen der ÖH) mit den Attributen *Lächerlichkeit*, *Niveaulosigkeit* etc. (s. etwa Leserbrief von Univ.-Prof. Barolin: St, 10.4.) oder "Übergang zu Rationalität/Realität" mit den Attributen *Resignation*, *Sich-Fügen in die Notwendigkeit* etc. Ein anschauliches Beispiel ist eine Reportage über den studentischen Alltag nach den Protesten (P, 4./5./6.5.), wo eine Lehramtsstudentin zitiert wird: *Ich würde (jetzt, Anm.) etwas Sinnvolleres studieren mit mehr Aussichten für einen Job*. Im vorliegenden Text wird folgerichtig auch die zuständige Abteilungsleiterin und nicht ein/eine FachhochschulstudentIn zitiert.

Der weitere Text behält den Duktus des Faktischen/Objektiven bei. Wiederum wird nur der Indikativ verwendet und einschränkende modale Modifikatoren sind nicht zu finden. Der Text steht also auch in formaler Hinsicht auf der Seite des Realen und Rationalen. Im ersten Punkt der Gegenüberstellung wird das erwähnte mehrstimmige *frei* aufgegriffen. Durch die Anführungszeichen wird der grundsätzlich positive Begriff umgewertet. *Weniger frei* bedeutet nicht *drauflos zu studieren* oder *die Lebensplanung hinauszuschieben*, wie es Osztovics im oben analysierten Text nennt. Der zweite Satz unter Punkt eins spezifiziert den erwähnten Begriff: Planung (*Anwesenheitspflicht*, *Prüfungen zu vorgeschriebenen Zeiten*) ermöglicht Kontrolle über die individualisierte Biografie. Der dritte Satz, als Argument formuliert, apostrophiert gleichzeitig die *unterhaltungspflichtigen Eltern* in ihre "Funktion" als private Investoren: Fehlentwicklung (*Drop-Out-Rate*) und Zeitverschwendung werden als ökonomisches Problem minimiert. Der rationalen Seite, die durch die Fachhochschulen repräsentiert wird, tritt implizit die irrationale Seite (Universitäten) gegenüber.

Der zweite Punkt berührt den Kern der Dichotomie Realität versus Irrealität, der bereits im ersten Teil des Textes (*praxisorientierte Qualifikation*) angedeutet wird. *Das* (Fachhochschul) *Studium* ist *"entstaubt"* - im Gegensatz zum verstaubten Lehrplan der Universitäten. Der "Raum" *Praxis* als Ort des Realen wird dem imaginären Raum *Elfenbeinturm* gegenübergestellt. Das *wirkliche Leben* (s. Text im Abschnitt 3.3.) kontrastiert mit *geschützten Sektoren, die vom Wettbewerbssektor leben*, (Schüssel-Zitat: P, 6.4.) bzw. mit *geschützten Werkstätten* (P, 14.3.; P, 15.7.; zu diesem Komplex vgl. Beitrag von Alrun Fichtenbauer). Zur

²¹ Ich verwende hier die geschlechtsneutrale, gesplittete Schreibweise fast nur pro forma, denn bei der Diskursrepräsentation reproduziert sich "natürlich" auch männliche Dominanz, gerade innerhalb der Felder "Wirtschaft" und "Wissenschaft", aber auch "Politik".

²² Zur Darstellung des "Protest"-Zeitraumes siehe die Beiträge von Helga Danziger und Harald Pichlhöfer.

Veranschaulichung der Dominanz dieser Dichotomie will ich nur einige Beispiele aus unzähligen anführen:

Für Reinhard Christl, Chefredakteur des "Industriemagazins" gibt es zwei Möglichkeiten für die Ausbildung an Wirtschaftsuniversitäten: "praxistaugliche Jungmanager (zu) produzieren" oder sich "von einem humanistischen oder wie immer zu definierenden Bildungsideal" leiten zu lassen (St, 10.4.). Letzterem entspricht bei den Geisteswissenschaften "die lückenlose Erforschung der Beistrichsetzung im Mittelhochdeutschen". Michael Unger (übrigens bei den ÖH-Wahlen 1997 Spitzenkandidat der ÖVP-nahen Aktionsgemeinschaft für den Hauptauschuß an der Universität Wien) sieht in einem Leserbrief (P, 17.4.) an den Universitäten hauptsächlich "realitätsfremde Wissenschaftler" und befürchtet fehlende "Praxis" als Folge des Sparpakets (Wegfall von Lehrveranstaltungen externer LektorInnen)²³. In einem Bericht über die AIESEC-Jobmesse in Graz (St, 23.4.), einer "Brücke zwischen den Studenten und den renommierten österreichischen und internationalen Unternehmen", wird Rektor Helmut Konrad zitiert: "Eine solche Messe ist ein gesamtuniversitäres Signal für das Bemühen um Öffnung, für das Heraustreten aus dem Elfenbeinturm." Der hermetische Raum (Turm) Universität, in dem keine (normalistische) Bewegung/Entwicklung möglich ist, muß geöffnet werden, um "den Blick für die tatsächlichen Anforderungen der Wirtschaft zu schärfen" (so wird Messen-Koordinator Gerwin Kugi zitiert).

Im vorliegenden Text wird die Dichotomie generalisierend weiter spezifiziert. *Universitätsprofessoren* als personifizierter "*Elfenbeinturm*" einerseits und *Praktiker* andererseits finden ihre "lehrinhaltlichen" Entsprechungen im dritten Punkt. Dieser wird eingeleitet mit einer expliziten Wertung (*Fachidioten*), die sich implizit auf UniversitätsabsolventInnen bezieht. Das Subjekt (*die Zukunft*) und der Nebensatz in Subjektposition im zweiten Satz (*wer sich durchsetzen will*) imaginieren ebenso wie der zuvor genannte *Arbeitsmarkt* Soziales als homogenisiertes Feld, das *immer enger* wird und eine normalistische Bewegung/Entwicklung geradezu notwendig macht. Es gilt sich durchzusetzen, das Ziel sind die "hellen Unternehmensetagen" "ganz oben" (Reportage über die WU und die Studierenden dort: T, 31.5.). Es geht also auch bei der Erlangung von praxisorientierten Qualifikationen um einen Wettbewerb ähnlich jenem am Arbeitsmarkt und in der Wirtschaft im allgemeinen (analog zu jenem im Sport; s. Fußnote 10). Potentiellen Studierenden, die sich den oben zitierten "tatsächlichen Anforderungen der Wirtschaft" stellen wollen, werden daher bestimmte Eigenschaften "nahegelegt". Die Vermittlung eines Teils derselben (*technisches und wirtschaftliches Know-How*) wird implizit durchaus den Universitäten zugestanden, der andere Teil (*Teamgeist und Sozialtechniken*) jedoch nicht. Im letzten Satz des analysierten Textteils wird mit den Begriffen "*Kommunikationstechnik*" und "*Persönlichkeitsentwicklung*" der technisch-dynamische Charakter des Konzepts weiter betont.

Insgesamt *konstatiert* der vorliegende Text, d.h. indikativische Zustandskonzepte dominieren diesen Text und verleihen ihm so einen realen Modus. Die "Realität" wird beschrieben und gleichzeitig lokalisiert (bei den Fachhochschulen), während Universität explizit wie implizit als Ort der "Irrealität" imaginiert wird. "Real" ist "Arbeitsmarkt", "praxisorientierte Qualifika-

²³ Auch wenn in diesem Leserbrief die Maßnahmen der Regierung (universitäres Sparpaket) explizit kritisiert werden, wird der hegemoniale Diskurs also durchaus affirmiert. Interessant in diesem Zusammenhang ist ein Bericht über eine Rede des Rektors der Hochschule für Angewandte Kunst, Rudolf Burger, in dem die Macht des hegemonialen Diskurses thematisiert wird (P, 15.4.). Es wird berichtet, daß Burger sich zwar grundsätzlich gegen die Ausrichtung der künstlerischen Ausbildung auf Zweckmäßigkeit und Verwertbarkeit aussprach, aber: "Immerhin möchte er untersuchen lassen, welche Karrieren Absolventen der Schule eingeschlagen haben, wo sie "gelandet" sind." Ihm wird also (zumindest teilweise) Lernfähigkeit zugesprochen. Insgesamt wird Burgers Person jedoch als Prototyp des "realitätsfremden Wissenschaftlers" imaginiert, etwa im ironisierenden Schlußsatz: "Vorläufig denkt Burger nach, er ist ja Philosoph."

tion", "investitionsorientierte Planung", "Teamgeist/Sozialtechniken"; "irreal" ist "geschützter öffentlicher Dienst" (implizit), "(ideologieorientierter) verstaubter Lehrplan", "planlose (subventionsorientierte) Freiheit" und "stille, weltfremde Studierstube" (implizit, wobei allerdings *Elfenbeinturm* sowohl für den Lehrplan als auch für die Studierstube Symbol ist).

3.3. Vom wirklichen Leben und vom Katalogisieren

Zuletzt möchte ich Auschnitte eines Kommentars von Walter Osztovics (K, 18.4.) analysieren, der die enge Verschränkung des Bildungsdiskurses mit anderen Diskurssträngen veranschaulicht (hier mit jenem über das Beamten-Sparpaket). Dadurch lassen sich auch gesamtgesellschaftliche diskursive Muster verdeutlichen.

Zudem war die gesamte massenmediale Berichterstattung über das Sparpaket II im wesentlichen auf die Bereiche "Universität" und "Beamte" fokussiert, oft genug waren beide Bereiche in einem Bericht, Kommentar etc. genannt.

Titel: **Von der Beamtenrepublik zum Land der Unternehmer**

Österreich ist eine Republik der Beamten. Kaum ein anderes europäisches Land hat ein ähnlich ungünstiges Verhältnis zwischen öffentlich Bediensteten und Beschäftigten in Gewerbe und Industrie. Dieser Umstand ist seit vielen Jahren bekannt. Und seit vielen Jahren sind sich Politiker aller Farben einig, daß sich daran etwas ändern muß.

Das jüngste Sparpaket enthält wieder einen Versuch, das Anwachsen des Beamtenheeres einzubremsen. Aber die Entscheidungsträger in Parlament und Regierung, die jetzt aus Österreich ein Land der Unternehmer machen wollen, sind zum überwiegenden Teil selber Beamte.

(...)

Der größte Nachteil dieses Systems liegt darin, daß es unweigerlich eine politische Klasse entstehen läßt, deren Mitglieder das wirkliche Leben nie kennengelernt haben (das ist eine Übertreibung, zugegeben - aber eine in die richtige Richtung).

Daß die jährliche Gesetzesflut so gewaltig ausfällt, hat seine Ursachen auch darin, daß die Normen von Menschen erdacht und beschlossen worden sind, die ihr Berufsleben damit verbracht haben zu katalogisieren und zu administrieren. Der EU-Beitritt sollte Österreich einen Innovationsschub bringen. Innovation kann nie von oben ausgehen, sie kann auch nicht verwaltet, sondern nur zugelassen werden. Es wird sich zeigen, ob die Beamten an der Staatsspitze derart systemfremde Schritte wagen.

Wie in den Texten zuvor wird auch hier mit Dichotomien operiert. Bereits der Titel mit seinem klaren, temporal-kausalen Aufbau "Altes/Status quo" —> "Neues/Reform" deutet die strukturelle Ähnlichkeit zu den bisherigen Texten an. Das "Alte" repräsentiert auch hier Stagnation, das "Neue" innovative Entwicklung im Sinne eines wettbewerbsinduzierten Wachstums.

Der erste Absatz nimmt die Struktur des Titels auf, um das Gegebene zu konstatieren (wiederrum über Zustandskonzepte). Der zweite Satz spezifiziert die Behauptung des ersten Satzes mittels einer Quasi-Statistik ohne Zahlen (ähnlich wie im zuvor analysierten Osztovics-Kommentar), wobei gleichzeitig die Dichotomie des Titels (inhaltlich abgewandelt - *Unternehmer* werden zu *Beschäftigten in Gewerbe und Industrie*) wiederaufgenommen wird. Das Prädikatsnomen enthält eine klare Wertung (*ungünstig*). Der dritte Satz ist eine Behauptung über die nominalisierte Behauptung (*dieser Umstand*), verstärkt durch die Temporalangabe *seit vielen Jahren*. Durch die unpersönliche Form wird der Satz seiner sozialen Dimension entzogen, der *Umstand* ist Faktum, und niemand ist für seine Interpretation als *ungünstig* verantwortlich (auch die Wertung wird so zum Faktum).

Erst im vierten Satz taucht die erste handlungsfähige Entität auf (*Politiker*). Sie ist allerdings nur über ein Zustandskonzept mit einem Handlungskonzept im Nebensatz verbunden. Aber auch dieses Handlungskonzept ist mittels Medium-Passivierung zu einem Prozeßkonzept transformiert: aus *x ändert y* wurde *y ändert sich*. Zu allem Überfluß wird durch das Modal-

verb *muß* auch die reale Modalität radikal abgeschwächt. Die verantwortliche Sie-Gruppe *Politiker* (im Gegensatz zu der Wir-Gruppe "steuerzahlende Staatsbürger") hat noch nicht gehandelt - die Versprachlichung gesellschaftlicher Verhältnisse entbehrt jeglichen aktionalen Charakters.

Im zweiten Absatz relativiert Osztovcics das Handlungsergebnis *Sparpaket* der bezeichneten Akteure, das im übrigen gerade im Kurier durchwegs positiv bewertet wird, durch die Handlungsnominalisierung *Versuch*. Der von *Versuch* abhängige Infinitiv-Nebensatz entwirft ein "Rettungsszenario", das durch die martialische Metapher *Beamtenheer* verstärkt wird. Die notwendige "Rettung" wird durch die stark abschwächende Relativierung *Versuch* jedoch in Zweifel gezogen. Im folgenden, durch die adversative Konjunktion *aber* eingeleiteten Satz wird die in ihrem aktionalen Gehalt ohnehin schwache Nominalisierung gänzlich in Frage gestellt. Es erfolgt eine tendenzielle Gleichsetzung der Gruppen *Politiker* und *Beamte*, die die modal abgeschwächte Handlung im Relativsatz ad absurdum führt. Die *Politiker* müßten das *Anwachsen* des eigenen *Heeres einbremsen*. Damit ist die Dichotomisierung der Gruppenzugehörigkeit vollbracht: Auf der einen Seite "Beamte/Politiker" auf der anderen "Unternehmer", wobei erstere eindeutig als Nicht-Wir imaginiert werden. Der/die LeserIn, in das Wir mit eingeschlossen, soll die Position "Unternehmer" einnehmen, auch wenn er/sie IndustriearbeiterIn, SekretärIn, Hausfrau/-mann etc. ist. Erleichtert wird dies durch das Überspringen von der Position "Unternehmer" auf "Beschäftigte in Gewerbe und Industrie" im ersten Absatz. Diese Dichotomie entspricht jener von **Privatheit** versus **Staatlichkeit**, wie sie bereits oben beschrieben wurde.

In den nicht angeführten Absätzen folgt eine Aufzählung von Politikern (aller Parteien) die sich im Staatsdienst befinden. In einem weiteren Absatz wird betont, daß nichts dagegen einzuwenden ist, daß Beamte in die Politik gingen, daß es aber im Vergleich zu anderen Berufsgruppen zu viele seien. Zudem sei es *System*, daß Politiker in den Bundesdienst und nicht umgekehrt Beamte in die Politik gingen (Anschluß an Diskurs zu "Politikerprivilegien"). Diese Passagen dienen der Relativierung der eigenen Position, diese somit als differenziert darzustellen. Strukturell handelt es sich um eine ähnliche Strategie wie das *self-assessment* (= Selbstzuschreibung positiver Eigenschaften) nach dem Muster: "Ich bin ja ein offener/liberaler/demokratischer etc. Mensch, aber ..." oder wie das *disclaimer*-Dementi nach dem Muster: "Ich habe ja nichts gegen XY, aber ..." (Wodak, et al., 1990; Matouschek, et al., 1995). Um die eigene Position glaubhafter zu machen, wird sie relativiert/differentiert.

Im vorletzten Absatz wird die Dichotomie Privatheit versus Staatlichkeit gleichgesetzt mit **Realität** versus **Irrealität**. VertreterInnen des staatlich-öffentlichen Bereichs sind dem Feld nicht-*wirkliches Leben* zugeordnet. Die unzweifelhafte Faktizität der Behauptung wird gestützt durch die indikativische Form des Zustandskonzepts *liegen* (Hauptsatz) und der Prozeßkonzepte *entstehen* und *kennenlernen* (Nebensätze) sowie durch den verstärkenden adverbialen Modifizierer *unweigerlich* im ersten Nebensatz. In der Klammer wird die eigene Position zwar wieder relativiert (*Übertreibung, zugegeben*), allerdings wird die Relativierung selbst wieder relativiert (*richtige Richtung*). Damit wird die oben beschriebene Strategie auch an der Textoberfläche verdeutlicht: Die eigene Position wird durch einen "strategischen Rückzug" gestärkt.

Im ersten Satz des letzten Absatzes wird der Begriff "Irrealität" spezifiziert (Subjektnebensatz - *Gesetzesflut gewaltig*) und über den indikativischen Hauptsatz mit der Sie-Gruppe *Politiker/Beamte* kurzgeschlossen. Diese Gruppe wird in generalisierender Weise über ihre Handlungen im Objektnebensatz (*Normen erdacht und beschlossen*) und im Relativsatz (*katalogisieren* und *administrieren*) näher bestimmt. Es wäre interessant und lohnenswert sich in diesem Zusammenhang intensiver, als es hier der Fall ist, den Diskurs um "Bürokratie", "Amts-

schimmel", "der Beamte" (vgl. dazu die Karikaturen des typischen Beamten bspw. von Dieter Zehentmayr: dicklicher Mann mit Glatze, Brillen und Ärmelschonern) anzusehen. Auf diesen Komplex wird hier angespielt, wenn Osztovics ein fast schon kafkaeskes Szenario entwirft, in dem der hier explizit nicht genannte Ort ("die Beamtensburg") das Analogon zum universitären "Elfenbeinturm" bildet. Der nächste Satz wäre ohne den angesprochenen Komplex nicht verständlich: Vor, während und nach (bis heute) der Volksabstimmung zum EU-Beitritt Österreichs war und ist die Bürokratie-Kritik eine der wichtigsten Positionen im Diskurs "über Europa" (eigentlich: über die EU) sowohl bei EU-BefürworterInnen ("frischer Wind aus Brüssel") wie -KritikerInnen ("Brüsseler Bürokratie").

Hier wird nun die EU-kritische Position aktualisiert: Die implizit vorhandene "Brüsseler Bürokratie" (*von oben* im dritten Satz des letzten Absatzes) wird mit der normalistischen Dynamik (*Innovationsschub*) kontrastiert. Die Dichotomie "Stagnationskrise" versus "dynamisches Wachstum" wird gleichgesetzt mit "Staatlichkeit" (*oben* bzw. *verwaltet*) versus "Privatheit" (in diesem Absatz nur implizit vorhanden, weiter oben explizit: *Unternehmer*). Die Wunschmodalität des zweiten Satzes (*sollte ... bringen*) wird im dritten zurückgenommen, dem *von oben* und *verwaltet* wird ein *zugelassen* gegenübergestellt (ein "von unten", unter den Bedingungen der "freien Wirtschaft"), das "das Neue" (*Innovation*) repräsentiert. Im letzten Satz wird schließlich das *oben* eindeutig spezifiziert (*Beamte an der Staatsspitze*). Dieser letzte Satz nimmt im abhängigen indirekten Fragesatz die stark reduzierte Handlung des ersten Textteils wieder auf, die hier zu einer "Noch-Nicht-Handlung" wird. Durch die Konstruktion mit dem abhängigen Fragesatz und durch die Verben *sich zeigen* und *wagen* schließt der Kommentar mit einem unsicher-abwartenden, fast resignativen Gestus. Der Text gewinnt dadurch auch die Qualität eines impliziten Quasi-Appells (das "Wir" muß dafür sorgen, daß das "Sie" handelt). Insgesamt ist der vorliegende Text durch die beiden Dichotomien Privatheit versus Staatlichkeit und Realität versus Irrealität geprägt.

4. Zusammenfassung

Anhand der untersuchten Texte habe ich zu zeigen versucht, daß die drei Dichotomien **Privatheit-Staatlichkeit**, **Rationalität-Irrationalität** und **Realität-Irrealität** eine zentrale Position innerhalb des gesamtgesellschaftlichen Diskurses einnehmen. In ihrer konkreten Struktur und de facto Deckungsgleichheit können sie als "post-korporatistisch" bezeichnet werden. Sie enthalten allerdings Positionen, die durchaus "älter" sind (so ist eine anti-bürokratische Position älter, allerdings nicht dermaßen fix in eine diskursive Kette mit einer anti-staatlichen Position eingebettet; dies gilt ebenfalls für die Positionen "irrational" und "ideologisch").

Diese Dichotomien gibt es nun nicht erst seit 1996. Allerdings treten sie erst 1996 in einer breiten Öffentlichkeit - nämlich in Massenmedien - im Zusammenhang mit dem Bildungsdiskurs - einem "plötzlich" breiten Diskursstrang - auf. Noch dazu sind sie in sehr deutlicher Form zu beobachten. Letzteres läßt sich dadurch erklären, daß Maßnahmen seitens der Regierung (Sparpaket II) medial gerechtfertigt werden mußten. Prinzipiell bereits hegemoniale diskursive Muster mußten deshalb deutlicher herausgearbeitet werden (das alles bedeutet nicht, daß dies intentionale, bewußte Prozesse waren und sind). Noch dazu war es nur sehr beschränkt möglich, mit ausgeprägten Wir-Sie-Konstruktionen zu operieren (auch wenn dies im Bezug auf Studierende und BeamtInnen ebenfalls passierte), da schlußendlich selbst die "Neunzehnjährigen", die noch nicht wissen, was sie "eigentlich wollen", und die "Menschen", die das "wirkliche Leben nie kennengelernt haben", zum Wir gehören.

Die Grund-Dichotomie **innen** versus **außen**, die bspw. bei Fremdenfeindlichkeit oder Antisemitismus funktioniert (Wodak, et al., 1990; Matouschek, et al., 1995), muß umgelegt wer-

den auf eine Grund-Dichotomie **neu** versus **alt**. Kombiniert mit dem normalistisch-dynamischen Wachstumsmodell ergibt sich eine deutliche diskursive Hierarchisierung. Das Sparpaket macht solchermaßen den Weg von der "Stagnation" zur "dynamischen Entwicklung" frei.

5. Literatur

- Balibar, E.** (1992): Die uneindeutigen Identitäten. in: *kultuRRevelution*, 27, S.71-78.
- Benke, G.** (1994a): Journalistenfreiräume. Eine textlinguistische Untersuchung von Nachrichtenagenturtexten und ihrer Verwendung in zwei österreichischen Zeitungen. Dipl.-Arbeit, Universität Wien.
- Fairclough, N.** (1995): *Media discourse*. London - New York: Edward Arnold.
- Fleischer, M.** (1991): Die polnische Diskurslandschaft. Über paradigmatische und relationale Kulturtypen. in: Grzybek, P. (hg.): *Cultural Semiotics: Facts and Facets*. Bochum: Brockmeyer, S.137-159.
- Hall, St.** (1989): Der Thatcherismus und die Theoretiker. in: ders.: *Ausgewählte Schriften*. Berlin: Argument, S.172-206.
- Hirsch, J./Roth, R.** (1986): *Das neue Gesicht des Kapitalismus. Vom Fordismus zum Post-Fordismus*. Hamburg: VSA-Verlag.
- Hodge, R./Kress, G.** (21993): *Language as ideology*. London - New York: Routledge.
- Jäger, S.** (1993): *Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung*. Duisburg: DISS-Texte.
- Januschek, F.** (1995): Diskursanalyse als 'Arbeit an Sprache'. in: Schulte-Holtey, E. (hg.): *Grenzmarkierungen. Normalisierung und diskursive Ausgrenzung*. Duisburg: DISS-Texte, S.7-23.
- Link, J.** (1991): Konturen medialer Kollektivsymbolik in der BRD und in den USA. in: Grzybek, P. (hg.): *Cultural Semiotics: Facts and Facets*. Bochum: Brockmeyer, S.95-135.
- Link, J.** (1992): Normalismus - Konturen eines Konzepts. in: *kultuRRevelution*, 27, Bochum, S.50-70.
- Lüger, H.-H.** (21995): *Pressesprache*. Tübingen: Niemeyer.
- Matouschek, B./Wodak, R./Januschek, F.** (1995): *Notwendige Maßnahmen gegen Fremde? Genese und Formen von rassistischen Diskursen der Differenz*. Wien: Passagen.
- Sandgruber, R.** (1995): *Ökonomie und Politik. Österreichische Wirtschaftsgeschichte vom Mittelalter bis zur Gegenwart*. (Österreichische Geschichte; hg. v. Wolfram, H.) Wien: Ueberreuter.
- Schmid, T.** (1989): Staatliche Hochschulpolitik in Österreich seit 1945. in: *Fortschrittliche Wissenschaft*, 1, Wien, S.16-25.
- van Dijk, T.A.** (1989a): *Mediating racism. The role of the media in the reproduction of racism*. in: Wodak Ruth (hg.): *Language, Power and Ideology. Studies in Political Discourse*. Amsterdam - Philadelphia: Benjamins, S.199-226.
- van Dijk, T.A.** (1989b): *Race, riots and the press. An analysis of editorials in the British press about the 1985 disorders*. in: *Gazette*, 43, 3, S.229-253.
- Vološinov, V.N.** (1993 [1929]): *Marksizm i filosofija jazyka* [dt: *Marxismus und Sprachphilosophie*]. Moskau: Labirint (dt., 1975).
- Wodak R., et al.** (1990): *Wir sind alle unschuldige Täter. Diskurshistorische Studien zum Nachkriegsantisemitismus*. Frankfurt/M: Suhrkamp.